

Agenda Arm im Amt

Von Regula Stämpfli



Wenn man sich schon zum Wohle des Volkes abrackert und als Sozialdemokratin eines der ungerechtesten Sparprogramme durchziehen muss, dann soll das doch – also bitte schön! – auch entsprechend honoriert werden. Und so freut sich dann eben auch die eine oder andere

Regierungsrätin, wenn sie ihre monatliche Lohnabrechnung anschaut. Oder eben auch nicht, wie dies ja offenbar im Kanton Bern der Fall ist. Da reichen 22'000 Franken pro Monat einfach nicht aus! Und es darf doch nicht zum eigenen Schaden sein, wenn man das magere Honorar ausbessert, oder? Und da man als Politikerin ja nicht einfach mal Zeitungen vor der Arbeit austragen oder bei der Migros nach Büroschluss noch Regale auffüllen kann, sucht man sich doch lieber eine Tätigkeit, die sich dann gut mit dem hochdotierten Vollzeitjob kombinieren lässt. Da kommt es dann gerade recht, wenn der eigene Fast-Staatsbetrieb fürstliche Sitzungshonorare verschenkt. So lässt sich – auf Arbeitszeit – flott mal das zusätzliche Sümmchen von 90'000 Franken in einem Jahr ersitzen, wovon dann 45'000 in die eigene Tasche fließen. Ist doch okay, oder?

So ähnlich muss sich das die Berner SP-Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer vermutlich gedacht haben. Zwar hat das Volk erst kürzlich entschieden, dass es von den Abzockern die Nase gestrichen voll hat. Die Jusos haben die 1:12-Initiative verloren, trotzdem kommt es nicht gerade gut an, wenn solche Nebeneinkünfte bei Politikern bekannt werden. In Basel ist erst letzte Woche Regierungsrat Carlo Conti aufgrund nicht deklarierten Nebeneinkünfte zurückgetreten. Wenn Barbara Egger-Jenzer, auf ihr hohes Gehalt im Kanton Bern von Regierungskollegen angesprochen, gemäss «Schweiz am Sonntag» den Hinweis auf niedrigere Löhne in 20 anderen Kantonen sofort mit dem Hinweis kontert: «Aber in fünf Kantonen ist es mehr», dann frage ich mich schon, ob Donna Leon nicht recht hat, wenn sie ihren Commissario Brunetti feststellen lässt, dass die meisten Menschen von Gier angetrieben werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der sich einige Politiker und Staatsbeamte von der Staatskasse bedienen, bevor sie auch nur eine Sekunde an das Wohl des Volkes oder die Ethik ihres Handelns denken, zeigt, wie sehr auch die Politik nur noch ein Ableger der Wirtschaft geworden ist. Das Motto: Heute Politiker, morgen Lobbyist und übermorgen Abzocker scheint zum normalen Karrieremuster geworden zu sein – nun offenbar auch bei den Sozialdemokraten, siehe auch das Implenia-Mandat für Moritz Leuenberger nach seinem Bundesratsrücktritt.

Hat man bisher angesichts des schamlosen Nepotismus gerne hämisch gegen Brüssel oder Deutschland geschaut oder in Richtung Novartis, so zeigen die aktuellen Regierungsratsaffären, dass auch der saubere Politbetrieb Abzocke fördert. So verkommen alle politischen Ämter früher oder später zu Abteilungen grosser Konzerne. Zudem: Wer ausgerechnet als sozialdemokratische Regierungsrätin eines der schlimmsten Sparprogramme in der Geschichte des Kantons Bern durchzieht, ein Sparprogramm, welches vor allem die unteren Einkommen betrifft, wird sich spätestens jetzt, drei Monate vor einer Wiederwahl und seit 2002 im Amt, einigen unangenehmen Fragen stellen müssen. Es ist zu hoffen, dass die meisten nicht zuletzt von Genossen und Genossinnen stammen, die sich ernsthaft fragen, wie arm denn eine Regierungsrätin im Amt sein darf oder kann.

Linke kritisieren Vorstösse aus der KMU-Wirtschaft aus finanziellem Eigeninteresse Mehr Gewaltentrennung – bitte!

Von Christoph Buser

Wirtschaft und Politik ticken oft sehr unterschiedlich. Beispiel: saubere Unternehmensführung, Neudeutsch auch Corporate Governance genannt. Gerade auch in staatlichen und staatsnahen Betrieben sind moderne Corporate-Governance-Grundsätze durchzusetzen. Dies, weil hier Steuergelder involviert sind. Gerade deshalb muss die Gewaltentrennung in staatlichen und staatsnahen Unternehmen besonders gut eingehalten werden. So ist es beispielsweise nicht angezeigt, dass etwa der Volkswirtschaftsdirektor im Verwaltungsrat des Kantonsspitals sitzt, das dem Kanton gehört. Der Kanton sollte für «seine Unternehmen» lediglich eine Eignerstrategie entwickeln oder Leistungsaufträge vergeben, sich aber sicher nicht in die strategische oder gar operative Führung einmischen. Im Sinne einer sauberen Geschäftsordnung sind diese Unternehmen so weit als möglich zu entpolitizieren. Der Bund machts vor: Hier ist klar geregelt, dass Exekutivmitglieder nicht Verwaltungsrätin oder Verwaltungsrat in staatsnahen und staatlichen Unternehmen sein dürfen. Ähnliche Regelungen existieren in den Kantonen Aargau und Thurgau. Um solches auch im Kanton Basel-Landschaft zu erreichen, hat die Wirtschaftskammer vergangene Woche zwei Motionen und eine Initiative präsentiert. Die Stossrichtung: Regierungsräte und Landräte sollen nicht mehr in Verwaltungsräten von staatsnahen Unternehmen sitzen. Die Verwaltungsräte sollen tendenziell verschlankt und mit ausgewiesenen Fachleuten besetzt werden. Zudem sollen Mandatsträger nicht mehr verpflichtet werden können, ihre Vergütungen an Parteien abzuliefern.

Eines der Probleme ist nämlich unter anderem der Rückzahlungsmechanismus von politisch eingesetzten Verwaltungsräten an ihre Parteien. Diese Rückzahlungsmechanismen führen dazu, dass die Parteien nicht die besten und geeigneten Leute in einen Verwaltungsrat delegieren, sondern jene, die bereit sind, möglichst viel Geld an die Partei zu lenken. Mit einer Initiative sollen moderne Corporate-Governance-Grundsätze bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (BLKB)

durchgesetzt werden. Zwei parlamentarische Vorstösse sollen dazu beitragen, dass auch die anderen 42 staatsnahen Unternehmen auf diese Art und Weise aufgestellt werden. Im Grundsatz sollte in all diesen Unternehmen Geschäftsführung und Aufsicht wenn immer möglich so gut wie möglich getrennt werden. Es geht bei der Entpolitisierung dieser Verwaltungsräte also nicht etwa darum, sämtliche Unternehmen zu privatisieren, wie das der eine oder andere Kommentator fälschlicherweise verstanden hat. Es geht um eine konsequente Gewaltentrennung.

Warum hat sich nun gerade die Wirtschaftskammer Baselland als KMU-Dachverband dieses Themas angenommen? Die Antwort ist eine Gegenfrage. Sie lautet: Wer sonst? Die meisten Politiker sind zu sehr Teil des Systems, als dass sie für griffige Massnahmen einstehen würden. Zudem hat das Thema das Potenzial, über lange

Parteien delegieren nicht die besten Leute in einen Verwaltungsrat, sondern jene, die bereit sind, möglichst viel Geld an die Partei zu lenken.

Zeit den Kanton zu lähmen. Das darf nicht passieren. Wir haben andere Probleme. Das Baselbiet muss endlich die Wirtschaftsoffensive vorantreiben. Zudem haben wir weiterhin grosse Probleme im Bereich Strasse und Schiene zu lösen. Wir können es uns schlicht nicht leisten, weiter Zeit und Kraft zu verschwenden. Wirtschaftskreise und betroffene Unternehmen unterstützen denn auch erwartungsgemäss die Vorstösse und die Initiative. Die Basellandschaftliche Kantonalbank begrüsse grundsätzlich jedes Engagement, das zur Verbesserung der sauberen Gewaltentrennung zwischen den einzelnen Organen beitrage, liess sich der Sprecher der BLKB, Christoph Loeb, vergangene Woche zitieren (BaZ, 8. 1. 2014).

Auch die Signale, die ich vonseiten der BLT und vom Kantonsspital erhalte, zeigen deutlich: Hier werden offene Türen eingeeignet.

Hick-up Beim Warten auf Würmer ist jeder Tag «Zero Day»

Von Martin Hicklin

Es kann ein unangenehmes Erwachen werden, wenn man plötzlich merkt, dass jemand eine unverschlossene Tür ausgenutzt hat, um etwas zu stehlen, zu spionieren oder Schaden anzurichten. Tut der Eindringling das so, dass ich gar nicht gleich was vom Besuch bemerke, kann er gar einige Male vorbeikommen, um seine Nase in meine Unterlagen zu stecken. Bis die Lücke bemerkt ist und Extra-Riegel oder neue Schlösser angebracht sind.

Auch in der Cyberwelt sind heimliche Einbrecher aller Art und selbst staatlicher Herkunft unterwegs. «Zero Day» ist der Tag, an dem die Schwäche erkannt und für einen «Exploit» genutzt wird, ohne dass die Angegriffenen schon davon wissen. «Tag null» aber kann Monate oder Jahre dauern. «Zero Day Exploit» steht schon für die Möglichkeit, eine unbekannt Schwachstelle für einen An- oder Eingriff zu nutzen. Der kann im rasch und rascher wachsenden digitalen Netzwerk der Welt, in das wir unwiderruflich eingeknüpft sind, schwer ins Auge gehen. Weil mehr und mehr lebenswichtige Dinge vom Funktionieren des Internets und der Programme abhängen und die Alternativen verschwinden. Böses erwacht ist man grad eben bei Target, dem zweitgrössten Detail-

händler der USA, als bemerkt wurde, dass Eindringlinge die persönlichen Daten von 70 Millionen Kunden abgesaugt hatten. Mit dabei die Kreditkartendaten von Millionen Kunden, die ihre Weihnachtseinkäufe an verseuchten Kartenselektoren beglichen hatten. Target ist schwer getroffen. Was mit den Daten angestellt werden kann, wird sich noch zeigen. Sobald eine solche Lücke entdeckt ist, beginnt das Flicker und Stopfen. Schwachstellen in Programmen oder Anwendungen werden mit «Patches» (Pflaster) überklebt. Im nächsten Update, so hofft der Laie, wird man ihm hoffentlich neue Schlösser an die Tür liefern, die ja von den Programmentwicklern offen gelassen wurde. Viele suchen derzeit nach solch offenen Hintertüren, weil es nach fachlichen Schätzungen Hunderte davon geben muss. Aber längst nicht alle Finder machen ihre Funde bekannt. Die Suche nach Möglichkeiten für einen «Zero Day Exploit» ist eben auch wichtiger Teil des Werrüstens für Cyber-Angriffe geworden, die heute auf Rang 1 der Bedrohungen gesehen werden. Vielleicht wacht man eines Morgens ohne Strom, ohne Internet und ohne die Segnungen digitaler Kommunikation auf und realisiert, dass eine Cyber-Angriffe stattgefunden hat. Oder es wird einfach spioniert, was das Zeug hält. Auch unter Privaten und unter befreundeten Staaten, wie wir

Kritik kommt – wen wundert – aus der Politik, vornehmlich von links. Regula Meschberger (SP) findet in der «Basellandschaftlichen Zeitung» zwar, das Thema sei unbestritten wichtig, doch sei ein Politik-Verbot für Verwaltungsräte staatsnaher Betriebe zu simpel. Kritisch äusserte sich auch ihr Parteikollege, Bildungsdirektor Urs Wüthrich, der selbst im Universitätsrat sitzt. Ruedi Brassel, Sekretär der SP Baselland, vermutet, die Wirtschaftskammer wolle mit ihrer Initiative vor allem die Einnahmequellen der Parteien reduzieren – insbesondere der SP (BaZ, 13. 1. 2014). Und Genosse Helmut Hubacher versteigt sich in seiner jüngsten Wochenkolonne zum Thema Entpolitisierung der Verwaltungsräte gar zur Aussage, wer Politiker aussperren möchte, handle schein-demokratisch (BaZ, 11. 1. 2014). Der Grund für die Kritik der Sozialdemokraten ist offenkundig: Wie die BaZ aufgedeckt hat, flossen aus BLKB-Verwaltungsratsmandaten im Jahr 2012 rund 60'000 Franken in die Kasse der Baselbieter SP. Das ist viel Geld – darauf verzichten die Genossen nicht gerne. Aus finanziellem Eigeninteresse verdrängen sie darum bewusst, dass es absolut notwendig ist, Aufsicht und Geschäftsführung konsequent zu trennen. Es ist notwendig, die Findungsprozesse zu verbessern, um die Verwaltungsräte der staatsnahen Unternehmen mit fähigen Leuten zu besetzen. Und vor allem ist es notwendig, mit einer klaren Regelung mehr Transparenz und damit das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen.

Wir sind gefordert, unsere staatsnahen Betriebe so aufzustellen, dass sie die heutigen und künftigen Anforderungen in Bezug auf Transparenz und Gewaltentrennung erfüllen. Das hat mit Systemstabilität zu tun. Die sollte auch jenen linken Politikern am Herzen liegen, die sich kritisch zu den Vorstössen geäußert haben – ausser sie ticken tatsächlich ganz anders als die Wirtschaft, und ihnen ist eine klare Gewaltentrennung zwischen Aufsicht und Führung bei staatsnahen Betrieben aufgrund ihrer eigenen finanziellen Eigeninteressen völlig egal. Das aber wäre traurig. In diesem Fall gilt erst recht: Mehr Gewaltentrennung – bitte!

Christoph Buser ist FDP-Landrat, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und Verwaltungsrat der Basler Zeitung.

Basler Zeitung

Nordwestschweizer
ZEITUNG

National Zeitung und Basler Nachrichten AG

Verleger. Filippo Leutenegger
Chefredaktor. Markus Som (mso)
Stv. Chefredaktor. David Thommen (-en)

Chefredaktion. Eugen Sorg (eso),
Leiter Autorenteam –
Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst –
Stephan Sutter (sus), Blattmacher
Assistenten: Laila Abdel'Al

Politik. Thomas Wehrli (thw), Leitung –
Martin Furrer (mfu), stv. Leitung
Claudia Biangetti (cbl) – Dominique Burckhardt (db)
– Viviane Joyce Laissue (vj) – Benedict Neff (ben)

Bundeshaus. Dominik Feusi (fi) – Beni Gafner (bg)

Basler-Stadt. Raphael Suter (ras), Leitung –
Daniel Wahl (wah), stv. Leitung –
Denise Dollinger (dd) – Dominik Heitz (hei) –
Franziska Laur (fl) – Denise Muchenberger (dm) –
Martin Regenass (mar) – Markus Vogt (mv)

Baselland. Daniel Ballmer (dab), Leitung –
Jonas Hoskyn (hys), stv. Leitung –
Thomas Dähler (td) – Peter de Marchi (pdm) –
Thomas Gubler (Gu) – Boris Gygax (bgy) –
Christian Horisberger (ch) – Alessandra Paone (ale) –
Dina Sambar (dis) – Peter Walther (wap)

Wirtschaft. Dieter Bachmann (dba), Leitung –
Patrick Griesser (pg) – Rahel Koerfgen (rak) –
Ruedi Mäder (rm) – Kurt Tschan (kt) –
Daniel Zulauf (dz)

Sport. Marcel Rohr (mr), Leitung –
Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung –
Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (olg) –
Tilman Pauls (tip) – Tobias von Rohr (tvr) –
Dominic Willmann (dw)

Kultur. Christoph Heim (hm), Leitung –
Siegfried Schibli (sbl), stv. Leitung –
Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) –
Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) –
Stefan Strittmatter (mat) – Markus Wüest (mw)

Inlandkorrespondenten. Seraina Gross (sgr),
Westschweiz – Gerhard Lob (lo), Tessin

Auslandskorrespondenten. Roman Arens (RA),
Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris –
Sebastian Borger (bo r), London – Wolfgang
Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flü),
Warschau – Willi Germond (wig), Bangkok –
Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre
Heumann (heu), Naher Osten – Patrick Marcolli
(map), Berlin – Thomas Roser (tro), Belgrad –
Renzo Ruf (r), Washington – Stefan Scholl (sch),
Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile. Thomas Waldmann (tw)

Autoren. Michael Bahnerth (mb) –
Felix Erbacher (FE) – Mischa Hauswirth (hws) –
Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) –
Hansjörg Müller (hjm)

Kolumnisten. Ruedi Arnold – Martin Breitenstein –
Thomas Cueni – David Dürer – Helmut Hubacher –
Markus Melz – Regula Stämpfli – Roland Stark –
Tamara Wernli

Spezialseiten. Bildung: Markus Wüest (mw)
Gesundheit heute: Sarah Kuhni (sku)
Mobil/Reisen/essen&Trinken: Benno Brunner (bb) –
Roland Harisberger (rh) – Sarah Kuhni (sku)

Beilagen/Projekte. Roland Harisberger (rh) –
Benno Brunner (bb)

baz.ch. Alexander Müller (amu), Leitung –
Joël Gernet (gj) – Fabian Kern (ker), Sport

Produktion/Gestaltung. Benno Brunner (bb),
Stv. Chef vom Dienst – Sarah Kuhni (sku) –
Eva Neugebauer (ene) – Nino Angiuli (Art Director),
Bettina Lea Toffel (Stellvertretung) –
Jean-Claude Basler – Paul Graf – Monika Müller –
Urs Rist – Paul Schwörer (Todesanzeigen)

Bildredaktion. Melody Gygax, Leitung –
Thomas Altmörder – Doris Flubacher
Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker –
Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Bildbearbeitung. Holger Böhler – Thomas Tanner

Korrektur. Lesley Paganetti und Rosmarie Ujak,
Teamleitung – Katharina Diller Mezzulini –
Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung. Milena De Matteis –
Anny Panizzi – Ruth Widin

Dokumentation/Archiv. Roger Berger,
doku@baz.ch

Redaktion. Aeschenplatz 7, Postfach 459,
4010 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82,
redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

CEO Basler Zeitung Medien. Rolf Bollmann

CFO Basler Zeitung Medien. Stefan Bandel

Leiterin Verlag. Sabine Galindo

Leiter Werbemarkt. Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamations-
dienst. Montag bis Freitag von 6.30-18 Uhr,
Samstag von 7.30-12 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr,
Hochbergerstrasse 15, Postfach, 4002 Basel
Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82,
abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Basler Zeitung Medien. Bekanntgabe namhafter
Beteiligungen: Birkhäuser+GBC AG,
Distriba AG, Neue Fricktaler Zeitung AG,
Sa-Na Verlag AG

Abonnementspreis. Basler Zeitung
(mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MwSt):
6 Monate Fr. 223.–, 12 Monate Fr. 426.–,
(Ausland auf Anfrage)

Verlag. Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel,
Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Druck. DZZ Druckzentrum Zürich AG
Bubenbergstrasse 1, 8021 Zürich

BaZ am Aeschenplatz. Aeschenplatz 7,
Postfach 459, 4010 Basel, Tel. 061 639 12 18,
Fax 061 639 12 19
medienhaut@aeschen.ch

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch,
Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Schalter für Inserate und Tickets:
Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Büro Liestal. Basler Zeitung,
Mühlegasse 3, 4410 Liestal
Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufen/Schwarzbubenland.
Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel
Tel. 061 639 11 11

Inserate. Basler Zeitung Medien,
Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel
Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20
inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservations/Technische Koordination.
Reto Kyburz
Annoncenpreis Basler Zeitung:
s/w oder farbig Fr. 4,25.
Basler Zeitung Gesamtausgabe (Freitag):
s/w oder farbig Fr. 5,70
Wohnen & Immobilien: Fr. 3,69,
Arbeit & Stellen: Fr. 5,70
(mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)
Ein Mitglied des **metropool**